

Statement

Pressegespräch

Wirtschaftspressegespräch im Vorfeld von ZUKUNFT HANDWERK
und Internationaler Handwerksmesse (IHM) 2025

Holger Schwannecke

Generalsekretär Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH)

Es gilt das gesprochene Wort

München, 06. März 2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich freue mich, Sie zu unserem Wirtschaftsgespräch im Vorfeld von ZUKUNFT HANDWERK und der Internationalen Handwerksmesse 2025 begrüßen zu dürfen! Gerade in diesen geopolitisch wie innenpolitisch turbulenten Zeiten, in denen sich nahezu täglich die Koordinaten ändern, ist der Austausch wichtiger denn je. Dafür bieten ZUKUNFT HANDWERK und die Internationale Handwerksmesse eine großartige Plattform. Ich begrüße alle hier vor Ort Anwesenden ebenso herzlich wie alle Zugeschalteten im Stream!

Deutschland steht aktuell im Regierungs- und Entscheidungsstau: Fatal angesichts der gegenwärtigen Lage, in der von der größten europäischen Volkswirtschaft Führungsstärke und Handeln erforderlich wären. Unser Land braucht eine stabile Regierung, die Deutschland wieder handlungsfähig macht und die Wirtschaftskraft zurückbringt. Zu lange haben wir uns unter Wert verkauft. Es ist an der Zeit, endlich wieder in der Champions League zu spielen, anstatt erstarrt dem Abstieg unseres Landes zuzusehen.

Aktuell befinden wir uns mitten in der Regierungsbildung: Den Auftrag dazu haben die Wählerinnen und Wähler klar der Union erteilt. Und genauso eindeutig ist das Wahlergebnis hinsichtlich des Koalitionspartners: Es bleibt nur die SPD als einzig mögliche Koalitionsoption im Spektrum der demokratischen Kräfte der Mitte. Damit sind die verhandelnden Politikerinnen und Politikern geradezu dazu verdammt, gemeinsame Kompromisse zu finden und schnellstmöglich eine Regierung zu bilden. Sie stehen in der staatspolitischen Pflicht, zu liefern und schnellstmöglich eine stabile Regierung auf die Beine zu stellen.

Insofern stimmt die Einigung von Union und SPD auf Sondervermögen in dieser Größenordnung zuversichtlich und ist ein wichtiges Signal, dass die Regierungsbildung tatsächlich zügig gelingen kann. Die Verständigung zeigt, dass die politischen Akteure den Ernst der Lage erkannt haben und ihre staatspolitische Verantwortung übernehmen, rasch eine neue handlungsfähige Regierung zu bilden.

In Zeiten beispielloser Herausforderungen ist die Bereitstellung einer solch hohen Summe nachvollziehbar. Gerade angesichts der globalen Umbrüche – nicht zuletzt durch die erneute Präsidentschaft von Donald Trump – muss Deutschland finanziell handlungsfähig bleiben. Dennoch dürfen Sondervermögen keine Dauerlösung sein. Sie sind – als Schulden – keine Dauerlösung. Und keinesfalls dürfen sie dazu führen, dass die künftige Regierung dringend notwendige Reformen aufschiebt.

Der Reform- und Handlungsdruck hat durch diese Entscheidung nicht nachgelassen. Die Verantwortlichen stehen weiter in der Pflicht, zu handeln und durch Strukturreformen für ein insgesamt besseres Investitionsumfeld zu sorgen: weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungen, eine effizientere Verwaltung, bezahlbare Energie, geringere Abgaben, verlässliche und wettbewerbsfähige Standortbedingungen.

Mit Blick auf die Sondervermögen erwarten wir, dass die Verwendung dieser Mittel klar konditioniert wird und diese gezielt in die Zukunft fließen: in moderne Infrastruktur, bessere Bildung und eine konsequente Digitalisierung. Gezielte Investitionen und gleichzeitig Strukturreformen sind der Schlüssel, um langfristig wirtschaftliche Stabilität zu sichern und das Handwerk zu stärken. Nur so wird Deutschland zukunftsfähig.

Schnelle, verlässliche Entscheidungen für weniger Bürokratie, bezahlbare Energie, eine gezielte Fachkräftesicherung und ein wirtschaftsfreundliches Steuer- und Abgabensystem: Das ist es, was die Betriebe brauchen. In den **Wahlchecks des Handwerks zur Bundestagswahl 2025** haben wir deutlich gemacht: Das Handwerk braucht Freiräume für Unternehmertum und Innovation, Impulse für Beschäftigung, gute Arbeitsbedingungen und Fachkräftesicherung, eine starke Bildungsinfrastruktur sowie eine feste Verankerung in Städten und ländlichen Räumen.

Jetzt ist Pragmatismus gefragt: Die neue Regierung muss zügig die Weichen für Wachstum stellen. Sie muss sich voll und ganz der Verbesserung der **Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland** verschreiben. Es ist allerhöchste Zeit, den **Veränderungsnotstand** in Deutschland zu überwinden. Denn nur mit starken Betrieben wird es soziale Sicherheit und ökologischen Fortschritt geben. Das Handwerk erwartet entschlossenes Handeln für eine starke Wirtschaft und damit auch für soziale Stabilität. Und das alles in einem starken Europa.

Im Moment steckt Deutschland in einer anhaltenden **wirtschaftlichen Schwächephase, die Rezession ist nicht überwunden**. Das wirkt sich auch negativ aufs Handwerk aus. Die **Standortbedingungen** für unsere Betriebe verschlechtern sich zusehends.

Wie es auch die Schwerpunktsetzung von ZUKUNFT HANDWERK in diesem Jahr zeigt, sind die größten Herausforderungen für das Handwerk derzeit: die erdrückende Bürokratiebelastung, die anhaltend angespannte Situation bei der Suche nach Nachwuchs und Fachkräften, die digitale Transformation und die zu hohen Steuer- und Abgabelasten.

Im vergangenen Jahr 2024 sind rund 80.000 Arbeitsplätze im Handwerk weggefallen, weniger durch direkte Entlassungen als vielmehr durch Renteneintritte und vor allem auch durch Betriebsaufgaben. Zu beobachten ist derzeit eine besorgniserregende Entwicklung: **das „stille Sterben“ von Betrieben**. Viele Betriebsinhaberinnen und -inhaber entscheiden sich, ihre eigentlich solventen Betriebe zu schließen, weil sie keine geeigneten **Nachfolgerinnen und Nachfolger** finden, die den Betrieb übernehmen könnten. Oder weil sie sich fragen, ob sich angesichts der massiven Kostensteigerungen und Belastungen durch Bürokratie, Steuern und Abgaben der Aufwand überhaupt noch lohnt. So haben sich beispielsweise die Kosten der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, die allein der Arbeitgeber aufzubringen hat, in den letzten 14 Jahren mehr als verdoppelt. Die immer weiter steigenden **Lohnzusatzkosten** laufen derzeit aus dem Ruder, liegen inzwischen bereits über 40 Prozent. Für viele Handwerksbetriebe ist das kaum mehr tragbar. Immer höhere Lohnzusatzkosten verteuern Produkte und Dienstleistungen. Wenn sich das ungebremst fortsetzt, werden Handwerksleistungen unbezahlbar zu werden. Wir brauchen dringend einen Deckel auf diese Kosten!

Es gibt ein schönes chinesisches Sprichwort: „Wenn wir den Weg weitergehen, den wir gerade gehen, kommen wir vermutlich genau dahin, wohin wir gerade gehen.“ Ich empfehle dringend, einen anderen Weg einzuschlagen als bisher. Das heißt eben auch, dass man die Richtung tatsächlich wechselt und nicht nur darüber redet oder den Plan schlimmstenfalls zerredet.

Die kommende Regierung muss einen wirtschaftspolitischen Neustart hinlegen, sie muss die Wirtschaft in das Zentrum ihrer politischen Agenda rücken und wirtschaftspolitisch liefern. Wer verhindern will, dass auch in Deutschland extreme Ideen wie ein Austritt aus der EU oder der Abschaffung des Euro noch mehr an Popularität gewinnen, der muss jetzt die Wettbewerbsfähigkeit stärken und klare wirtschaftspolitische Akzente setzen. Nur mit einer starken Wirtschaft können wir die sozialen Sicherungssysteme erhalten und die Modernisierungen unseres Landes stemmen.

Wie es keinesfalls weitergehen kann, das möchte ich Ihnen am Beispiel **Bürokratiebelastung** zeigen. Dass Bürokratieabbau eine sinnvolle Sache ist, das hören wir nahezu unisono aus der Politik. Seit Jahren wird er versprochen, doch es wird kaum etwas umgesetzt. Das Bundesjustizministerium hatte Anfang 2023 Spitzenverbände aus der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft eingeladen, an einer Verbändeabfrage zum Bürokratieabbau teilzunehmen. Insgesamt haben 57 Verbände im Rahmen einer Online-Befragung 442 Vorschläge eingereicht. Von diesen Vorschlägen wurde jedoch nur ein verschwindend kleiner Bruchteil umgesetzt. Laut ifo-Institut verbringen Angestellte heute 22 Prozent ihrer Arbeitszeit mit Bürokratie. Und im Handwerk? Eine Studie zeigt, dass es bei Metallbaumeistern sogar 30 Prozent sind. Kein Wunder, dass sich viele gegen die Selbstständigkeit im Handwerk entscheiden. Bei Meisterabsolventen gilt die Bürokratie mittlerweile als einer der Hauptgründe gegen eine Existenzgründung oder eine Betriebsübernahme. Eine fatale Entwicklung angesichts tausender anstehender Betriebsübergaben in den kommenden Jahren: Wenn es nicht gelingt, diesen Nachfolgestau aufzulösen, stehen zigtausende weitere Betriebe vor dem Aus. Hier muss endlich ernst gemacht und der Bürokratiedschungel gelichtet werden.

Trotz aller Herausforderungen gibt es aber auch verhalten positive Entwicklungen: Die Zahlen der neu abgeschlossenen **Ausbildungsverträge im Handwerk** sind stabil geblieben. Im Jahr 2024 wurden über 135.000 neue Ausbildungsverträge im Handwerk abgeschlossen, was einem leichten Anstieg von 0,2 % im Vergleich zu 2023 entspricht. Besonders erfreulich ist die Entwicklung bei den Frauen: Hier lag das Plus sogar bei 0,7 %. Diese Zahlen müssen und dürfen weiter steigen, denn der **Fachkräftebedarf** im Handwerk ist drängender denn je. Die Bedeutung der **Ausbildung im Handwerk** kann hier nicht hoch genug eingeschätzt werden. Aus Auszubildenden werden Fachkräfte, aus Fachkräften werden Meisterinnen und Meister – und letztlich Betriebsinhaberinnen und -inhaber, die wiederum Arbeits- und Ausbildungsplätze schaffen. Ohne diesen Kreislauf gerät unsere **Alltagsversorgung** in Gefahr: Erst wenn der Traditionsbäcker um die Ecke schließt, sich kein Handwerker für die Dachreparatur findet oder keine Hörakustikerin mehr erreichbar ist, wird vielen bewusst, wie essenziell, ja unverzichtbar das Handwerk ist, um unser Land am Laufen zu halten und um unser Land zu modernisieren und zukunftsfähig zu machen.

Von der künftigen Regierung erwarten wir daher ein deutliches Signal, dass sie die duale Berufsausbildung stärken wird. Dazu gehört unter anderem auch eine flächendeckende Berufsorientierung an allen Schularten – auch Gymnasien –, die über die Chancen und Perspektiven im Handwerk informiert. Und bei aller Wertschätzung, die uns begegnet: Die Gleichwertigkeit beruflicher und akademischer Bildung muss endlich gesetzlich festgeschrieben werden.

Genau wie Studentinnen und Studenten brauchen Auszubildende Unterstützung beim Thema Wohnen und Mobilität. Denn nur dann kann sich ein junger Mensch beispielsweise ein Zimmer in Berlin leisten. Und durch ein Azubiticket oder Unterstützung beim Führerschein wird ein eher ländlich gelegener Betrieb für Auszubildende überhaupt erreichbar.

Für junge Leute gilt generell: Die **Zukunftsaussichten** im Handwerk waren wohl selten so gut wie heute. Das Handwerk ist in allen relevanten Zukunftsfeldern gefragt und unverzichtbar für Klimaschutz, Energieeffizienz, E-Mobilität, Ladeinfrastruktur, Wohnungsbau und energetische Gebäudesanierung. Handwerkerinnen und Handwerker müssen sich um ihre Zukunft keine Sorgen machen – im Gegenteil, die Arbeit wird in den kommenden Jahren nicht ausgehen. Keine KI kann ein Dach decken oder Ihnen die Haare schneiden. Wer zudem seinen eigenen Betrieb führen möchte, findet im Handwerk beste Voraussetzungen: In den kommenden fünf Jahren stehen rund 125.000 Betriebsübergaben an. In kaum einem anderen Wirtschaftsbereich gibt es so viele Chancen, früh eigene Verantwortung zu übernehmen. Handwerkerinnen und Handwerker haben vielfältige Möglichkeit, aktiv die Zukunft zu gestalten und müssen sich über die Sinnhaftigkeit ihres Tuns keine Gedanken machen.

Es trifft schon zu, was das Motto unserer neuen, gerade gestarteten Imagekampagnenstaffel selbstbewusst formuliert: Wir können alles, was kommt! Das Handwerk kann und will Zukunft! Aber ganz ohne die Politik geht das nicht: Die muss jetzt die Weichen auf Wirtschaftsvorfahrt stellen!

Abteilung: Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
+49 30 20619-370
presse@zdh.de · www.zdh.de

Herausgeber:

Zentralverband des Deutschen Handwerks
Haus des Deutschen Handwerks
Mohrenstraße 20/21 · 10117 Berlin
Postfach 110472 · 10834 Berlin

Der Zentralverband des Deutschen Handwerks e. V. (ZDH) vertritt die Interessen von rund 1 Million Handwerksbetrieben in Deutschland mit mehr als 5 Millionen Beschäftigten. Als Spitzenorganisation der Wirtschaft mit Sitz in Berlin bündelt der ZDH die Arbeit von Handwerkskammern, Fachverbänden des Handwerks auf Bundesebene sowie bedeutenden wirtschaftlichen und sonstigen Einrichtungen des Handwerks in Deutschland. Mehr unter www.zdh.de